

70 Flüchtlinge ertrinken vor Malta

Rom – Bei einer der schlimmsten Flüchtlingstragödien der vergangenen Jahre sind im Mittelmeer vor Malta vermutlich 70 Menschen aus Afrika ums Leben gekommen. Nur acht Flüchtlinge überlebten das Unglück, unter ihnen ein 15-jähriger Junge. Sie wurden von einem maltesischen Fischerboot gerettet und auf die Insel gebracht. Die Überlebenden aus Somalia und Eritrea berichteten den Behörden, dass sich 78 Menschen auf ihrem Boot befunden hätten. Unter den Vermissten seien vier Frauen, unter ihnen drei Schwangere, sowie ein Kind. Die Flüchtlinge waren vor einer Woche in Libyen gestartet. Kurz darauf hatten sie nach Angaben der Überlebenden den Motor ihres Bootes im Meer verloren. Sie trieben dann hilflos in der schweren See. Zudem gingen den Flüchtlingen nach zwei Tagen die Lebensmittel aus, wie die italienische Nachrichtenagentur Ansa berichtete. Die Überlebenden erzählten, dass einige ihrer Mitreisenden an Erschöpfung gestorben seien, andere wurden von den hohen Wellen aus dem Boot gerissen. Seit Montag sei zudem immer mehr Wasser in das Boot eingedrungen, bis es schließlich südlich von Malta gesunken sei. Weitere 260 Flüchtlinge erreichten am Donnerstag die italienischen Küsten. Seit vergangener Woche sind weit mehr als tausend Einwanderer in Italien eingetroffen. Nach Angaben unabhängiger Organisationen sind allein im Juni mindestens 185 Menschen bei dem Versuch gestorben, in die EU zu gelangen. *dpa*

Ausland

Schutz in den Wäldern

Bhubaneswar – Mindestens 1500 Menschen sind im Osten Indiens vor der seit Tagen anhaltenden Welle der Gewalt zwischen Hindus und Christen geflohen. Es seien Notunterkünfte eingerichtet worden, teilten die Behörden im Bundesstaat Orissa am Donnerstag mit. Tausende versteckten sich in Wäldern oder bei Polizeiwachen, hieß es. Nach Angaben der Regierung kamen bei der religiös motivierten Gewalt in den vergangenen fünf Tagen 16 Menschen ums Leben. *AFP*

In der Sahara gescheitert

Madrid – Im jahrzehntelangen Konflikt um die Westsahara hat UN-Generalsekretär Ban Ki Moon sich von seinem Sonderbeauftragten für das Wüstengebiet getrennt. Er ließ den Vertrag des niederländischen UN-Diplomaten Peter van Walsum, der sich seit 2005 um eine Lösung im Konflikt zwischen Marokko und der Unabhängigkeitsbewegung Polisario bemüht hatte, nicht verlängern. Marokko hält den größten Teil der spanischen Ex-Kolonie in Nordwestafrika seit 1975 besetzt. Die von Algerien unterstützte Polisario verlangt die Unabhängigkeit. *dpa*

Krisenprovinz befriedet

Bagdad – Der Irak soll nach Regierungsangaben am Montag von den US-Streitkräften die Verantwortung für die Sicherheit in der ehemaligen Unruheprovinz Anbar übernehmen. Dieses Datum sei für die offizielle Kommandoübergabe festgesetzt worden, sagte am Donnerstag ein Berater von Iraks nationalem Sicherheitsberater Mowaffak al-Rubaie. Dies ist eine Folge davon, dass die Gewalt im Irak auf den niedrigsten Stand seit etwa vier Jahren gesunken ist. *Reuters*

Comeback nach Skandalen

Kuala Lumpur – Malaysias Oppositionsführer Anwar Ibrahim ist zehn Jahre nach seinem Sturz erneut ins Parlament eingezogen. Der wegen Homosexualität und Korruption verurteilte 61-Jährige wurde am Donnerstag in Kuala Lumpur als Abgeordneter vereidigt. Er hatte Anfang der Woche eine Nachwahl mit großer Mehrheit gewonnen. Anwar will nach eigenen Angaben die Regierung stürzen. Er behauptet, er habe die nötigen 30 Überläufer hinter sich, um einen Mitterauensantrag zu gewinnen. Anwar hatte ein Oppositionsbündnis geschmiedet, das der seit mehr als 40 Jahren regierenden Regierungskoalition bei den Wahlen im Frühjahr eine schwere Wahlschlappe beschert hatte. *dpa*

Uiguren-Unruhen

Peking – Bei Unruhen in der westchinesischen Provinz Xinjiang sind nach Angaben einer Minderheitenorganisation zwei Polizisten getötet worden. Nahe der Stadt Kashgar sei die uigurische Bevölkerung mit der Polizei aneinandergeraten, teilte der in Europa ansässige „Weltkongress der Uiguren“ am Donnerstag mit. Das chinesische Außenministerium erklärte, es wisse nichts von Zusammenstößen. In der ölfreichen autonomen Region wurden während der vergangenen Wochen mehrere Anschläge verübt. Allein bei einem Angriff auf eine Wache der Grenzpolizei in Kashgar kamen 16 Polizisten ums Leben. Peking wirft den Uiguren vor, für einen eigenen Staat zu kämpfen. Die ethnische Minderheit fühlt sich dagegen bei der Ausübung von Kultur und Religion unterdrückt. *Reuters*

Autobombe gegen Polizei

Bannu – Bei einem Anschlag auf einen Polizeitransporter sind in Pakistan am Donnerstag zehn Menschen ums Leben gekommen. Nach Behördenangaben wurde eine Autobombe gezündet, als der Transporter in der Nähe von Bannu im Nordwesten des Landes über eine Brücke fuhr. Die meisten Opfer waren Polizisten und Strafvollzugsbeamte. Die Armee hatte vor drei Wochen in der Region eine Offensive gegen Islamisten gestartet. *AFP*

Die Inszenierung eines amerikanischen Traums

Erstmals bewirbt sich ein Schwarzer für die Demokraten um die US-Präsidentschaft – Ort und Tag wurden mit Gespür für Historisches festgelegt

Von Reymer Klüver

Denver – Es ist ein Tag voll historischer Kraft. Und symbolträchtig und zumindest für Amerikas Demokraten epochal ist das Geschehen, das ihm vorausgegangen war. Barack Obama sollte am Donnerstagabend vor 80 000 Menschen im Mile-High-Footballstadion von Denver die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten offiziell annehmen – das erste Mal, dass ein Schwarzer Spitzenbewerber einer der beiden großen Parteien für das höchste Amt in den USA ist. Auf den Tag genau vor 45 Jahren hatte Martin Luther King seine berühmteste Rede gehalten, „I have a dream“ – Ich habe einen Traum –, die der Bürgerrechtsbewegung in den USA zum Durchbruch verhalf. Und vor knapp einem halben Jahrhundert, 1960 in Los Angeles, hatte zum letzten Mal ein demokratischer Präsidentschaftskandidat seine Nominierungsrede nicht nur vor Parteidelegierten in einer Kongresshalle, sondern vor Zehntausenden in einer Sportarena gehalten: der in den USA hochverehrte John F. Kennedy.

Zuvor war am Mittwoch in einer sorgfältigen Inszenierung die Aussöhnung zwischen Obama und seiner Vorwahl-Rivalin Hillary Clinton besiegelt und Obama zum unumstrittenen Spitzenmann der Partei gekürt worden. Clinton hatte sich ausbedungen, dass zwischen ihr und Obama in einem sogenannten Roll-Call auf dem Parteitag der Demokraten abgestimmt wird, bei dem die Delegierten Bundesstaat für Bundesstaat ihre Stimmen abgaben. Als die Reihe an New York war, ihrem Heimatstaat, beantragte Clinton indes den Abbruch der Abstimmung und die Wahl Obamas per Akklamation.

Danach räumte ihr Mann, der frühere Präsident Bill Clinton, in einem umjubelten Auftritt alle Zweifel daran aus, ob er die Kandidatur Obamas unterstützen würde. Direkt an die 18 Millionen Anhänger seiner Frau gerichtet, die bei den Vorwahlen für sie gestimmt hatten sagte er: „Ich möchte, dass Sie alle Barack Obama im November wählen.“

Er lobte den Spitzenkandidaten ausdrücklich als Person, der eine „bemerkenswerte Fähigkeit“ habe, Menschen zu begeistern. Er habe die intellektuelle Neugierde, die erfolgreiche Präsidenten



Sky-Marshalls: Von einer Hebebühne aus bewachen Polizisten das „Pepsi Center“ in Denver, den Tagungsort der Demokratischen Partei.

Foto: dpa

auszeichne. Er sehe die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen Amerikas mit bemerkenswerter Klarheit. „Barack Obama ist bereit und in der Lage, Präsident der Vereinigten Staaten zu sein.“ Damit nahm er der Kritik der Republikaner die Spitze, dass Obama zu jung und unerfahren für das Amt sei. Ge-

nau das hatten sie auch Clinton im Wahlkampf 1992 vorgehalten.

Wie kein Spitzendemokrat vor ihm fasste Clinton die Gründe zusammen, die diesmal für die Wahl eines Demokraten ins Präsidentenamt sprechen: „Unsere Nation ist an zwei Fronten in Not. Im Inneren befindet sich der amerikanische

Traum im Belagerungszustand, und in der Welt ist Amerikas Führungsrolle geschwächt.“ Arbeitsplatzverlust und Einkommenseinbußen, steigende Energiekosten, Zwangsversteigerungen von Eigenheimen und unbezahlbare Krankenversicherungen belasteten Amerikas breite Mittelschicht. In der Welt brauche

Paris warnt Putschisten in Mauretanien

Frankreich droht Militärjunta mit Sanktionen, wenn der vor drei Wochen gestürzte Präsident nicht freigelassen wird

Von Rudolph Chimelli

Paris – Drei Wochen nach dem unblutigen Militärputsch in Mauretanien hat Frankreich den neuen Machthabern seiner ehemaligen Kolonie mit Sanktionen gedroht. In einem Communiqué des Elysée hieß es am Mittwoch, der abgesetzte Präsident Sidi Mohammed Ould Scheich Abdallahi sei noch immer nicht freigelassen worden, wie es die Afrikanische Union, die EU und der Sicherheitsrat gefordert hätten. Auch die verfassungsmäßige Ordnung, die aus den freien Wahlen vom März 2007 hervorging, sei nicht wiederhergestellt. Unter diesen Umständen erwäge Paris, gegen die Verantwortlichen der Militärjunta individuelle Sanktionen zu verhängen.

Weitgehend vergänglich hat sich das neue Regime bisher um Anerkennung und Vermeidung internationaler Isolierung bemüht. Nur Marokko und die Ara-

bische Liga zeigen einiges Verständnis für das Putsch-Regime, ohne es indessen formell anzuerkennen. Der abgesetzte Präsident befindet sich nach wie vor unter Hausarrest im Gäste-Pavillon des Kongresszentrums von Nouakschott, wo ihn der französische Botschafter vergangene Woche eine halbe Stunde lang besuchen konnte. Der Diplomat bescheinigte Abdallahi laut Pariser Quellen „gute körperliche und moralische Verfassung“. Er hatte nur 15 Monate lang amtiert und war das erste frei gewählte Staatsoberhaupt seit 30 Jahren. Die Putschisten setzten ihn ab, weil er seinerseits plante, einige hohe Offiziere zu entlassen.

Der selbsternannte neue Staatschef, General Mohammed Ould Abdelaziz, hat in einer Rede an die Nation eine freie Präsidentschaftswahl versprochen, ohne jedoch ein Datum zu nennen. Ob er selber kandidieren will, sagte er nicht. Abdelaziz, dessen Porträt überall in der Hauptstadt

hängt, regiert mit einem „Staatsrat“ von elf Offizieren. Der frühere Premierminister Yahia Ould Ahmed el-Waghef ist in seiner Heimatprovinz, 500 Kilometer von der Hauptstadt, in Haft. Er war zuerst freigelassen worden, wurde dann aber erneut interniert, weil er sich geweigert hatte, mit den Militärs zusammenzuarbeiten.

Im Parlament haben 107 der 146 Abgeordneten die Absetzung Abdallahis gebilligt. Ihre Unterstützungserklärung für die Junta wurde nur von den Islamisten und einem Bündnis linker Politiker nicht unterzeichnet. Beide Gruppen waren im Kabinett des gestürzten Präsidenten stark vertreten. Die Putschisten sagen Abdallahi Sympathien für den radikalen Islam nach. Gleichwohl unterstützte Mauretanien die amerikanischen Anti-Terror-Operationen in der Sahelzone.

Als neuen Regierungschefs setzte das Militär den ehemaligen Botschafter des

Landes in Brüssel, Moulay Ould Mohamed Laghdaf, ein. Er ist ein Technokrat ohne politische Bindungen, hat aber als Angehöriger eines der wichtigsten Stämme, der Tadschakant im Osten des Landes, Ansehen und Hausmacht. Da er in der EU einen guten Ruf genießt, ist seine Ernennung zugleich eine für das Ausland bestimmte Geste. Brüssel will Anfang September entscheiden, ob die Hilfe für Mauretanien fortgesetzt wird.

Da die Hälfte der 3,3 Millionen Mauretanier in Armut lebt, ist das Land auf Unterstützung angewiesen. Mehr als zwei Drittel der Lebensmittel müssen importiert werden. Seit 2006 wird im Meer vor Nouakschott Erdöl gefördert, aber die Quelle erbringt nur 10 000 Fass pro Tag. Die Weltbank hat nach dem Putsch eine erste Tranche von 175 Millionen ihrer Hilfe suspendiert. Die USA beihilten 25 Millionen Dollar aus einem größeren Hilfsbudget ein.

Protest im Park des Premiers verhallt

Thailands Ministerpräsident Samak ignoriert seine Gegner – er weiß die Mehrheit des Volkes hinter sich

Von Oliver Meiler

Singapur – Es sind Szenen, wie man sie von Openair-Festivals kennt. Einer der schönsten Parks Bangkoks, mit englisch getrimmtem Rasen und einem gotisch inspirierten Palast samt goldener Kuppel, dient gerade als seltsame Bühne eines politischen Machtkampfs. Vor dem Government House, dem thailändischen Regierungsbäude im Zentrum der Hauptstadt, campieren Zehntausende Menschen, alte und junge, Frauen und Mönche. Alle sind sie in Gelb gekleidet, der Königsfarbe. Sie singen, sie tanzen, sie massieren sich gegenseitig den Rücken. Vor allem aber fordern sie den Rücktritt von Premierminister Samak Sundaravej, den sie für korrupt und zu wenig königstreu halten. Vor drei Tagen hat sich die Volksallianz für Demokratie, so heißt die Bürgerrechtsgruppe, Zugang zum Anwesen verschafft, nachdem sie für kurze Zeit auch einen staatlichen Fernsehsender und einige Ministerien besetzt hatte. Abziehen will sie erst, wenn ihre Forderung erfüllt ist. Einer ihrer Anführer sagte, man müsse ihn schon töten, um ihn von dieser Wiese zu entfernen.

Samak ließ einstweilen die Fenster und Türen seines schönen Amtssitzes verbarrikadieren und hält nun in einer Militärakademie Rat mit seinen Ministern. Auch er will sich nicht beugen, hält aber die Polizei zurück und mahnt zu Geduld und Sanftmut mit den Aufständischen, was sonst nicht die Art des 73 Jahre alten rechtspopulistischen Politikämpers ist. „Ich habe ein Schwert“, sagte Samak am Donnerstag, nachdem ein Gericht die Verhaftung der Protestführer und die Auflösung der Kundgebung angeordnet hatte, „doch ich habe beschlossen, es nicht zu gebrauchen.“ Die Frage ist, wie lange er noch davon absieht.

Den Thailändern kommt die Situation nur allzu bekannt vor. Vor drei Jahren hatte die lose und scheinbar spontan gewachsene Volksallianz so lange gegen die damalige Regierung des Populisten Thaksin Shinawatra protestiert, bis die

Armee eingriff und putschte. Angeführt wurde die Bewegung von den Leuten, die auch jetzt an der Spitze stehen: Sondhi Limthongkul, ein Medienunternehmer und einstiger Geschäftsfreund Thaksins, und Chamlong Srimuang, früherer Bürgermeister Bangkoks und Karriereoldat. Sie hatten genügend Geld und Unterstützung aus der Elite, um viel Protestvolk zu mobilisieren. Und sie hatten anscheinend einen guten Draht zum Militär, welches wiederum direkt mit dem König verbunden ist. Sie boten den Generälen einen willkommenen Vorwand, um den ungeliebten Thaksin im Herbst 2006 loszuwerden – mit einem Coup zur angeblichen Rettung Thailands vor dem Chaos.

Das scheint auch diesmal das Ziel der Gruppe zu sein. Und auch diesmal scheint es nicht an den Mitteln zu mangeln. Sogar Gold im Gegenwert von einer Million Baht (etwa 20 000 Euro) soll gespendet worden sein, sagen die Organisatoren des Protests, ohne jedoch die Namen der Gönner preiszugeben. Dennoch ist diesmal alles anders. Der Bewegung fehlt die Unterstützung aus dem Volk. Selbst in Bangkok, wo die Aversion gegen Samak und dessen politischen Mentor Thaksin am größten ist, stehen laut Umfragen nur fünf Prozent hinter den Protestierenden. 70 Prozent sind der ständigen Konfrontation überdrüssig.

Militär hat Nimbus verloren

Außerdem hat Thaksin, um den sich seit zehn Jahren jeder politische Konflikt in Thailand dreht, vor zwei Wochen das Land verlassen, um in Großbritannien Asyl zu beantragen. Es war dem reichen Unternehmer bewusst geworden, dass die Justiz hart gegen ihn vorgehen würde, nachdem seine Frau wegen Steuerbetrugs zu drei Jahren Haft verurteilt worden war. Gegen das Ehepaar ist eine lange Reihe von Klagen anhängig.

Unwahrscheinlich ist auch, dass das Militär, wie es die Protestierenden hoffen, gegen Samak putscht. Der regierte zwar bisher ziemlich glücklos und verlor mehrere Minister wegen Fehlleistungen oder Betrugsfällen. Doch die Armee machte es nicht besser, als sie von 2006 bis Ende 2007 an der Macht war. Ihr Nimbus ist weg. Ein neuerlicher Militärstreik gegen eine eben erst demokratisch gewählte Regierungsmehrheit wäre höchst unpopulär. Darum hat Samak Geduld mit den ungebetenen Gästen im Park seiner Amtsresidenz. Ein politisches Programm haben diese nicht, sie wollen ihn nur weg haben. Man könnte Samak das Zuwarten als Schwäche auslegen, gerade in Thailand, wo sie entschlossenes Handeln für besonders männlich halten. Samak aber verspricht sich, dass seine Popularität wächst, wenn es ihm gelingt, die Krise zu bewältigen – ohne Schwert.



Wie bei einem Openair-Konzert: Auf dem englischen Rasen vor dem gotisch anmutenden Government House in Bangkok lagern seit mehreren Tagen Tausende Regierungsgegner. Sie werfen Premier Samak Korruption sowie mangelnde Königstreue vor und fordern seinen Rücktritt. Obwohl ein Gericht die Order zur Räumung des Parks gegeben hat, lässt Samak die Demonstranten gewähren. Foto: AP

Neuer Job für den „Roten Ken“

Politiker im Ruhestand überschwemmen den Buchmarkt gerne mit Erinnerungen, nerven ihre Nachfolger mit Ratschlägen und leben von hochdotierten Beraterverträgen. Wie viel Londons abgewählter Bürgermeister Ken Livingstone von seinem neuen Arbeitgeber in Südamerika erhält, ist unbekannt. Sicher ist jedoch, dass der Labour-Politiker nach seiner Niederlage gegen den Konservativen Boris Johnson in Venezuela die Wärme und den Trost erfährt, die er in London jüngst vermischen musste. Präsident Hugo Chávez umarmte seinen alten Freund und künftigen kommunalpolitischen Berater herzlich, als er ihn nun in Caracas begrüßte.

Der „Rote Ken“, wie Livingstone wegen seiner Sympathie für linke Re-



Chávez (li.) und Livingstone vor der Londoner Tower Bridge. dpa

gime und Revolutionäre genannt wird, soll die Bürgermeister Venezuelas in Stadtplanung beraten und dabei helfen, aus Caracas binnen 20 Jahren eine „Metropole der Ersten Welt“ zu machen, wie der 63-Jährige laut BBC ankündigt. Eine große Aufgabe für den Erfinder der Londoner Citymaut. Die venezolanische Hauptstadt ist täglich bis spät in die Nacht von Autos und Bussen heillos verstopft, die ihre schwarzen Dieselwolken in die tropisch glühenden Straßenschluchten blasen. Außerdem hat sie eine der höchsten Mordraten Lateinamerikas. Chávez kann Hilfe brauchen, im Oktober stehen Kommunalwahlen an, bei denen er einen Dämpfer befürchten muss.

Die Zusammenarbeit kommt nicht ganz überraschend: Vor einem Jahr empfing Livingstone den umstrittenen Venezolaner in London, nachdem der Premier und die Queen abgewunken hatten. Dafür lieferte Ölexporteur Chávez billigen Treibstoff an die Londoner Verkehrsbetriebe. Eine halbe Million Sozialhilfeempfänger konnte seither zum halben Fahrpreis fahren. Diese eigenwillige Form der Entwicklungshilfe abzuschaffen, war eine der ersten Amtshandlungen von Nachfolger Boris Johnson. Eine der reichsten Städte der Welt könne keine Hilfe von einem Land annehmen, in dem die Mehrheit arm sei, sagte er. Die Fahrpreise für bedürftige Londoner wieder zu erhöhen, traut sich Johnson aber nicht. *Sebastian Schoepp*